

**Mideast Freedom Forum Berlin
Policy Paper**

**Empfehlungen für eine deutsche Außenpolitik
hinsichtlich Gazas und dem Mittleren Osten nach
dem 7. Oktober 2023**

Dieses Policy Paper gibt Empfehlungen für eine Day-After-Politik für den Gazastreifen, das iranische Regime, die Palästinensische Autonomiebehörde und die gesamte Region betreffend. Es konzentriert sich dabei anfänglich auf Änderungen der von Deutschland geförderten UNRWA-Bildungspolitik im Gazastreifen und beschäftigt sich dann mit der weiteren Zukunft in der Region und den Beitrag, den Deutschland dazu leisten könnte.

Seit vielen Jahren ist hinlänglich bekannt, dass an den Schulen im Gazastreifen offen zu Gewalt aufgerufen, der Frieden abgelehnt, das „Märtyrertum“ verherrlicht und sowohl Israel als auch das jüdische Volk verteufelt werden. Dies gilt sowohl für die von der Hamas als auch für die von der UNRWA betriebenen Schulen, die sich alle auf den Lehrplan der Palästinensischen Autonomiebehörde stützen, der voll von Hass und Aufwiegelung ist.

Leider ist es keine bloße Spekulation mehr, dass das, was die Schüler*innen im Gazastreifen in der Schule und von ihren Lehrer*innen lernen und hören, in Terror umgesetzt wird. Am 7. Oktober verübten schätzungsweise 3.000 Terroristen Morde, Vergewaltigungen, Enthauptungen und Entführungen von Israelis. Man kann davon ausgehen, dass sie alle Absolventen von Schulen im Gazastreifen sind. Es ist klarer denn je, dass es ein systemisches Problem gibt, das mit äußerster Dringlichkeit angegangen und gelöst werden muss.

Es ist davon auszugehen, dass Israel nach dem Sturz der Hamas die Bildungsangelegenheiten im Gazastreifen nicht mehr in die Hände von UNRWA geben wird. Da Deutschland derzeit der zweitgrößte Einzelgeldgeber der UNRWA ist, sollte sich die deutsche Regierung dafür einsetzen, dass der Unterricht in den Schulen im Gazastreifen frei von Hass ist und zu Verständigung und Toleranz erzieht.

Um eine langfristige stabile Aussöhnung zwischen Israel und den Palästinenser*innen zu ermöglichen, sollte die deutsche Außenpolitik untenstehende Maßnahmen in einer Interimsphase hin zu einer in der Zukunft liegenden Zwei-Staaten-Lösung in Erwägung ziehen.

Policy Empfehlungen Palästinensische Gebiete:

- Deutschland sollte sich bei den Vereinten Nationen dafür einsetzen, dass die UNRWA-Bildungsoperationen im Gazastreifen in die Hände anderer Institutionen gelegt werden, die den UNESCO-Grundsätzen von Frieden und Toleranz verpflichtet sind und diese auch umsetzen. Die bisher in UNRWA-Schulen eingesetzten Lehrmittel haben diesen Standards laut der Organisation Impact-SE nicht genügt (<https://www.impact-se.org/wp-content/uploads/UNRWA-Education-Textbooks-and-Terror-Nov-2023.pdf>).
- Deutschland sollte sich nach dem Sturz der Hamas in Gaza endlich gegen die Verwendung von Hass verbreitenden Schulbüchern der Palästinensischen Autonomiebehörde einsetzen, und sollte die Verwendung neu verfasster Schulbücher für Schüler*innen in Gaza unterstützen, die sich an den UNESCO-Grundsätzen von Frieden und Toleranz orientieren.
- Deutschland sollte sich mit der israelischen Regierung darüber abstimmen, wer diese neuen Schulbücher verfassen sollte, und jede Institution unterstützen, die diese Reformanstrengung auf der Basis der UNESCO-Grundsätze von Frieden und Toleranz angehen will.
- Das langfristige Ziel der deutschen Regierung einer Zwei-Staaten-Lösung kann nur nach einer längeren friedlichen Interimsperiode und einer grundlegenden Reform der Palästinensischen Autonomiebehörde erreicht werden.
- Das In-Aussicht-Stellen einer Zwei-Staaten-Lösung durch die deutsche Regierung und andere Akteure darf nicht als Belohnung des Terrors erscheinen und muss klar an eine längere terrorfreie, friedliche Interimsphase und die besagte Reform der Palästinensischen Autonomiebehörde gekoppelt werden.
- Für die kommende Übergangszeit sollte Deutschland die israelische Kontrolle der Sicherheitsbelange im Gazastreifen unterstützen. Dies wäre im Einklang mit dem von der Außenministerin betontem Recht auf Selbstverteidigung.
- Die von den USA forcierten Parlamentswahlen in der Palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 2006 fand kurz nach dem Ende der Zweiten Intifada statt. Diese Zeit war von terroristischen Anschlägen und israelischen militärischen Gegenaktionen geprägt, aber auch von Gewalt innerhalb der palästinensischen Autonomiebehörde. Eine freie Presse und ein demokratischer Meinungsbildungsprozess vor den Wahlen waren kaum möglich. Das Ergebnis der Parlamentswahlen 2006 war eine absolute Mehrheit für die Hamas. Deutschland und die internationale Gemeinschaft sollten keinen Druck für sofortige Neuwahlen in den palästinensischen Gebieten ausüben. Wahlen erscheinen erst sinnvoll, wenn Reformen in der Palästinensischen Autonomiebehörde einen demokratischen Meinungsbildungsprozess ermöglichen und eine gewaltfreie Ruhephase sich als stabil erwiesen hat.
- Deutschland sollte sich in enger Abstimmung mit Israel dafür einsetzen, dass demokratische palästinensische Akteure, die sich für einen Ausgleich mit Israel einsetzen und auf Gewalt als politisches Mittel verzichten sowie arabische Staaten, die für einen Ausgleich mit Israel stehen, sich nach dem Ende des Krieges gegen Hamas an der zivilen Kontrolle des Gazastreifens beteiligen.
- Deutschland sollte seinen Einfluss auf die Palästinensische Autonomiebehörde nutzen, um die „Märtyrerrenten- und Gefangenzahlungen-Programme“ der Palästinensischen Autonomiebehörde zu stoppen. Seit dem 7. Oktober wurden weitere 3550 Gefangene in israelischen Gefängnissen dem Programm hinzugefügt (nun insgesamt 8800), darunter 661 Hamas-Terroristen (<https://palwatch.org/page/34924>). Diese Zahlungen der PA an verurteilte Terrorist*innen und ihre Familien stellen einen nicht zu unterschätzenden Anreiz zum Terrorismus dar. Deutschland sollte Teile der Finanzierung der Palästinensischen Autonomiebehörde von Fortschritten in der Abschaffung dieser Zahlungen abhängig machen.

Policy Empfehlungen Region Mittlerer Osten:

- Deutschland sollte weiterhin in enger Abstimmung mit Israel die Abraham-Abkommen unterstützen und nach Wegen suchen, wie Saudi-Arabien und weiteren arabischen Staaten eine Aussöhnung mit Israel gelingen kann.
- Deutschland sollte antisemitismuskritische Bildungsprojekte in arabischen Staaten gemeinsam mit den dortigen Regierungen initiieren und langfristig unterstützen.
- Das Regime der Islamischen Republik Iran ist Hauptverursacher der aktuellen Konflikte im Mittleren Osten und unterstützt Terrorgruppen in der Region militärisch und finanziell, mit dem Ziel, den jüdischen Staat Israel zu vernichten. Ohne eine Änderung des Regimes im Iran ist die Sicherheit Israels in Gefahr, zudem ist eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich, da die Islamische Republik Iran jede Lösung mit Israel systematisch und mit militärischen und terroristischen Mitteln untergräbt. Deutschland sollte deshalb in enger Abstimmung mit allen Partnern in der Region daran arbeiten, den iranischen Einfluss in der Region so weit wie möglich zurückzudrängen.
- Die Islamische Republik Iran strebt nach Atomwaffen und verstößt mit der Entwicklung von Atomwaffen gegen den Nuklearvertrag (JCPOA) und den Atomwaffensperrvertrag. Deutschland sollte im Rahmen seiner Verpflichtungen durch den JCPOA-Nuklearvertrag die Snap-Back-Option bei den Vereinten Nationen auslösen. Damit würde das iranische Regime geschwächt werden, was auch Auswirkungen auf iranische Waffenexporte an seine Stellvertreter im Nahen Osten (Hamas, Hisbollah, Huthis usw.), und den Export von Drohnen, die von Russland gegen die Ukraine eingesetzt werden, haben würde.
- Die Bundesregierung sollte umgehend auf eine Listung der iranischen Revolutionsgarden (IRGC) als Terrororganisation bei der Europäischen Union hinwirken. Die IRGC sind die hauptverantwortlichen iranischen Terrorexporteure, was Waffen, Finanzen, Training und Logistik betrifft.

Berlin, den 18. Januar 2024

Michael Spaney
Executive Director
Mideast Freedom Forum Berlin

Mideast Freedom Forum Berlin 1/2024

Mideast Freedom Forum Berlin e.V.

Postfach 2 77 48

10130 Berlin

Telefon: +49 (0)30 - 209 958 52

info@mideastfreedomforum.org

www.mideastfreedomforum.org/